

GERMAN RESOURCES ON THE MARIANA ISLANDS DIGITAL LIBRARY

compiled by Dirk HR Spennemann

674. Anon. 1935. "Japan und die deutsche Südsee." [Japan and the German South Seas]. *Deutsche Kolonial-Zeitung* 47, p. 42.

Brief item on the Japanese position regarding the Mandate Territory of Micronesia.

Source of Annotated Bibliography Entry:

Dirk H. R. Spennemann (2004) *An Annotated Bibliography of German Language Sources on the Mariana Islands*. Saipan, Commonwealth of the Northern Mariana Islands : Division of Historic Preservation. ISBN 1-878453-71-8.

The German Resources on the Mariana Islands Digital Library is a project jointly supported by:

CHARLES STURT
UNIVERSITY



The Johnstone Centre,
Charles Sturt University,
Albury, Australia



Northern Mariana Islands
Council for the Humanities,
Saipan, CNMI



Historic Preservation
Office,
Saipan, CNMI

Koloniale Kurzmeldungen

Der südafrikanische Wehrminister über Deutschland als Kolonialmacht

Der deutsche Kreuzer „Emden“, der sich seit November 1934 auf einer Auslandsreise um Afrika nach den indischen Gewässern befindet, stattete in diesen Tagen der Union von Südafrika einen Besuch ab. Auf einer Fahrt ins Innere des Landes wurde eine Abordnung von Offizieren und Mannschaften der „Emden“ in Johannesburg von dem südafrikanischen Wehrminister Oswald Pirow empfangen und mit folgenden Worten in deutscher Sprache begrüßt:

„Auch ich möchte gern die Offiziere und Mannschaften der „Emden“ herzlich willkommen heißen. Der Name „Emden“ hat einen guten Klang, nicht nur in Südafrika, wo mehr als 50 v. H. der afrikanischen weißen Bevölkerung deutsches Blut in den Adern haben, sondern überall, wo Mut und Ritterlichkeit gewürdigt werden.“

Die neue „Emden“ kam in unsere Gewässer als die Vertreterin eines neuen Deutschlands, eines Deutschlands, das wieder Großmacht wird, Deutschland als Großmacht, als Großmacht mit völliger, ehrenvoller Gleichberechtigung ist eine unumgänglich notwendige Vorbedingung für einen einigermaßen haltbaren Weltfrieden. Wichtiger aber noch als Deutschlands Anteil an der Erhaltung des Weltfriedens ist sein Wirken als Kulturstaat. Deutschland als Kulturstaat ist einer der Hauptträger unserer abendländischen Kultur. Die abendländische Kultur aber kann nur von weißen Völkern getragen werden und kann sich nur durch geschlossenes Zusammenarbeiten aller behaupten. Sie braucht heute mehr denn je, wo die farbige Flutwelle immer höher brandet, die tatkräftige Unterstützung eines starken Deutschlands.

Für uns in Südafrika, überhaupt für jeden Weißen, der sich auf afrikanischem Boden eine Heimat geschaffen hat, ist die Erhaltung und die konsequente Ausbreitung der weißen Zivilisation eine Lebensfrage. In diesem Sinne darf ich die Hoffnung aussprechen, daß Deutschland bald wieder Kolonialmacht wird, und zwar Kolonialmacht in Afrika. Das Wie, Wo und Wann läßt sich zurzeit nicht einmal andeutungsweise feststellen. Aber, wo sich heute der gesunde Menschenverstand selbst in der internationalen Politik zu regen beginnt, wird auch für diese Frage eine Lösung gefunden werden.

Möchte es Ihnen bei uns so gut gefallen, daß ein weiterer und längerer Besuch nicht allzulange auf sich warten läßt.“

Der Mandatsgedanke und die italienische Regierung

Im Völkerbundsrat nahm der italienische Vertreter Stellung zu der Frage der Einverleibung Deutsch-Sudwestafrikas als fünfte Provinz in die Südafrikanische Union. Er erklärte, daß die italienische Regierung eine Verschmelzung in der beabsichtigten Weise für unvereinbar mit dem Geiste des Mandatswesens halte. Der Völkerbundsrat werde zur gegebenen Zeit eingehend hierzu Stellung nehmen. Dem Vorgehen des italienischen Vertreters schloß sich der Vertreter Spaniens an. Er äußerte gleichfalls Bedenken angesichts der fortschreitenden Neigung der an Mandatsgebiete grenzenden Kolonien, sich diese Mandatsgebiete einzugliedern. Mit Bedauern stellte er fest, daß der Arbeit des Mandatsausschusses Beschränkungen auferlegt seien, die die Durchführung der ihm erwachsenden Aufgaben erschwerten.

Koloniale Offensive Spaniens?

Nach einer Meldung aus Madrid erstrebt Spanien im Anschluß an die französisch-italienischen Verhandlungen um den italienischen Kolonialbesitz in Nordafrika für sich eine neue Regelung der Kolonialfrage Frankreich gegenüber.

Die spanische Presse weist darauf hin, daß beispielsweise das spanische Marokko-Protektorat nach Süden hin noch nicht fest umgrenzt sei. Frankreich solle im übrigen gewisse Gebietsstreifen an Spanien abtreten, die während des Rifkrieges aus strategischen Gründen vorübergehend von den

Franzosen besetzt und noch nicht wieder herausgegeben worden seien. Die spanische Forderung richtet sich weiter auf ein Einflußgebiet um das spanische Ifni herum und schließlich eine Grenzberichtigung im Osten des Rio de Oro-Gebietes mit Eingliederung der Salzgruben von Ishil, die noch französisches Gebiet sind. Die spanischen Blätter fordern einmütig die Einberufung einer französisch-spanischen Kolonialkonferenz, um diesen Streitfall und zahlreiche ähnliche dieser Art aus der Welt zu schaffen.

Frankreichs Haltung den spanischen Forderungen gegenüber ist sehr zurückhaltend.

Die englischen Faschisten und das neue Reich

Die „Sunday Dispatch“ veröffentlicht einen „Warum ich für eine Freundschaft mit Deutschland eintrete“ betitelten Artikel des englischen Führers der Schwarzhemden Sir Oswald Mosley. Mosley schreibt in diesem Artikel: „Deutschland wird eine Rohstoffbasis gebrauchen und neues Land für seine starke und wachsende Bevölkerung. Die engen Grenzen des Friedens von 1918 geben ihm diese Möglichkeit nicht, und die großen lebendigen Kräfte können nicht in einen engen Raum gebannt werden, ohne die Gefahr einer Explosion heraufzubeschwören.“

Japan und die deutsche Südsee

Der japanische Admiral Suetsugu gewährte der japanischen Presse am 12. Januar eine Unterredung, in deren Verlauf er sich mit der Frage der japanischen Südseemandate beschäftigte. Er gab u. a. die Erklärung ab, daß die deutschen Mandatsinseln die Schlüsselstellung der japanischen Verteidigung zur See seien. Japan werde die Inseln unter allen Umständen behalten. Hinter der japanischen Abordnung in London stehe die Gesamtheit des japanischen Volkes, da es sich hier um die Existenz Japans handele.

Die weiße Bevölkerung von Portugiesisch-Angola

Nach einer Zählung vom 29. September 1934 waren in Portugiesisch-Angola 1254 Ausländer, vertreten durch 26 Nationen, ansässig.

Die Zahl der Deutschen in Angola belief sich auf 376. Es folgen dann die Engländer mit 186, die Südafrikaner mit 168, die Italiener mit 103, die Amerikaner mit 88, die Franzosen mit 77, die Belgier mit 73, die Spanier mit 38 Seelen. Alle übrigen Nationen sind erheblich schwächer vertreten. Auffallend ist, daß die Zahl der Ausländer, verglichen mit früheren Jahren, einen merklichen Rückgang aufweist.

Die portugiesische Bevölkerung in Portugiesisch-Angola belief sich nach einer Zählung im Jahre 1933 auf 56 866 Seelen.

Die „Deutsche Wochenschau“ und die Kolonialfrage

Die „Deutsche Wochenschau“ beschäftigt sich in ihrer Ausgabe Nr. 52/34 in Verbindung mit der Frage einer Verständigung zwischen England und Deutschland auch mit der deutschen Forderung auf Rückgabe der Kolonien.

Das genannte Blatt schreibt:

Das Mitglied der Arbeiteropposition, Seymour Cox, äußerte sich z. B., daß „Deutschland“ in der Vergangenheit nicht gut behandelt worden sei, und daß es scheine, daß die Deutschen aufrüsteten, um nicht nur ihre Kolonien zurückzugewinnen, sondern auch andere Länder, die von denselben germanischen Stämmen bewohnt werden. Dies sei die Gefahr für Europa!

Es erübrigt sich hier, auf den marxistischen Ursprung dieser blind nachgebeteten Verleumdung einzugehen. Dieses Mißtrauen des englischen Volkes aber gegenüber dem deutschen ist hauptsächlich in der vom Engländer mißverstandenen Zurückhaltung Deutschlands in allen kolonialen Fragen zu suchen. Weit davon entfernt, von der Aufrichtigkeit der deutschen Friedensversicherungen überzeugt zu sein, scheint den Engländern gerade diese Zurückhaltung in den wichtigen lebens- und zukunftsbejahenden Fragen der Kolonien auf Unaufrichtigkeit schließen zu lassen, hinter der sich weit größere und den Frieden Europas gefährdendere Ansprüche verbergen.